



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/V

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33951

Hinweise auf den Inhalt:

FDP und CDU leben sich auseinander	S.1
Halbsozialisierung der britischen Fischerei	S.3
Zum Kampf um die Mitbestimmung	S.4
Elfriede Rynock †	S.5

Das Misstrauen wächst

sp. An Vielgestaltigkeit und Wandlungsfähigkeit durchaus ebenbürtig, unterscheiden sich CDU und FDP jetzt sehr in der Zielstrebigkeit. Nach ihren Rückschlägen bei den Landtagswahlen des vorigen Jahres hat die CDU noch keinen besseren Gedanken bekommen, als die Auseinandersetzung um den richtigen Kurs weiter im Hintergrund zu lassen und sich Adenauers Auffassung von der taktischen Einheit der Partei anzuvertrauen. Die CDU stagniert. Sicher sind in der Partei auch Vorschläge und Willensäußerungen zu registrieren, die diesen Zustand überwinden wollen, doch da ist Adenauer stärker. Er handelt von der Grundlage des Wahlergebnisses von 1949 aus, obwohl er weiss, dass dieses Ergebnis längst nicht mehr stimmt. Trotzdem verteidigt er es. Die fälligen Neuwahlen würden ihn mit grosser Wahrscheinlichkeit die - in jedem Sinne des Wortes-teure Machtstellung in Regierung und Partei kosten. Die Wahlen von 1950 zeigten ja nicht nur die Stärkung der SPD und den Rückgang der CDU, sondern sie brachten der FDP auf Kosten des Banner Partners, der CDU, Gewinne. Zweifellos hat die FDP gegen die CDU parteitaktisch richtig agiert. Sie liess die Dürkheimer Grundsätze und die einstige politische Repräsentanz der Partei in der Person des (jetzt nahezu unpolitischen) Professor Heuss in der Vergangenheit und schwenkte, so weit es ging, nach rechts; mit den Methoden und Parolen, die auf dieser Seite gang und gäbe sind, will man den Erfolg zwingen, vor allem auf Kosten der CDU. Die Kräfte auf der Rechten ha-

ben sich also verschoben und es spricht alles dafür, dass diese Entwicklung anhält.

Zwangsläufig ergeben sich aus dieser Entwicklung vergrößerte Forderungen der FDP gegenüber dem angeschlagenen Koalitionspartner. Die CDU steht auch hier in der Defensive. Neubesetzung des Fraktionsvorstandes und Verlauf der Vorstandssitzung der FDP haben den Druck bereits vermehrt. Es geht dabei keineswegs nur um die Finanzpolitik oder die Besetzung des Ausenministeriums oder die Tatsache, dass die FDP heute gegen die Folgen der alliierten Politik ist, die sie 1949 und 50 mit akzeptierte. Die FDP will die Rechtspartei und in Bonn mindestens so stark wie die CDU werden. Sie meint, radikaler, nationaler und liberaler als bisher werde ihr das gelingen. Ihr Misstrauen gegenüber der CDU, die etwa sagt (in Bonn): noch geschickter, noch weniger festgelegt und noch mehr Subordination unter Adenauer, ist entsprechend gross. Umgekehrt nicht weniger. Die "Kölnische Rundschau", ein dem Kanzler ergebenes Blatt, meint: "Wir möchten nicht annehmen, dass Herr Euler Eskapaden im Sinne hat..." Nun, er hat bestimmt. Seine 53 Abgeordneten haben gegenüber der CDU an Gewicht und Ehrgeiz gewonnen. Die Fähigkeit der FDP, um des Zweckes willen die einander widersprechendsten Wahl- und Regierungsbündnisse einzugehen, ist enorm. Wie soll der Kanzler dem damit verbundenen Druck seines Partners nachgeben, ohne den Zusammenhalt seiner eigenen Sammelpartei weiter zu gefährden? Neue Ministerien oder Generalkonsulate schaffen, um die Ehrgeizigsten der FDP zufriedenzustellen? Der Möglichkeit des Nachgebens sind enge Grenzen gesetzt.

Als Folge werden sich CDU und FDP in Bonn weiter auseinanderleben. Bei Parteien von so grosser Spannweite ihrer Flügel ist das sicher kein Novum, gewiss jedoch ein Beweis für die einseitig taktischen Elemente, die den Zusammenhalt der Bonner Koalition bestimmen. Dass eine Koalition der Taktik jetzt noch die richtige Lösung ist, wurde von den Landtagswählern bereits bestritten. Auch hier wird erst die Neuwahl des Bundestages den Ausweg eröffnen, der zu einer realen Einheit in der Regierung führt. Bis dahin dürften sich CDU und FDP wechselseitig mit "Eskapaden" überraschen.

+ + + +

Halb-Sozialisierung der britischen Fischerei

B.C., London, im Januar

Seit langem hat die britische Hochseefischerei an ihrer chaotischen Organisation gelitten. Unter der privatwirtschaftlichen Entwicklung war der Mittelmanns-Sektor zu gross und ungefüge geworden, mit dem Ergebnis, dass die Fischdampferbesitzer- und Mannschaften einen zu geringen Anteil am Erlös bekamen, ja oft nicht einmal ihre Kosten decken konnten, während andererseits die Fischpreise in den Läden seit der Abschaffung der Preiskontrollen im Jahre 1949 für die Hausfrauen zu hoch waren und damit durch Senkung des Umsatzes die gesamte Industrie bedrohten. Vor einem Jahre hatte daher die Regierung eine aus Fachleuten gebildete Untersuchungskommission eingesetzt, auf deren Vorschlägen das jetzt veröffentlichte Hochseefischereigesetz beruht. Man hat von einer völligen Nationalisierung der Industrie abgesehen, weil sie bei diesem hochgradig durchspezialisierten Gewerbe mit seinen den Jahreszeiten entsprechenden Änderungen und Konjunkturschwankungen wohl auch schwer durchzuführen gewesen wäre.

Das Gesetz schafft eine "Weiss-Fisch-Behörde" (im englischen Sprachgebrauch sind "white fish" alle Seefische mit Ausnahme praktisch gesehen von Heringen und Makrelen), der ein "Weiss-Fisch-Beirat", von allen beteiligten Interessen, wie Fischern, Verteilern und Verbrauchern gewählt, beratend zur Seite stehen wird. Aufgabe der Behörde ist nach dem Wortlaut des Gesetzes, "dafür zu sorgen, dass dem Verbraucher reichliche Lieferungen weisser Fische zu angemessenen Preisen zugehen". Zu diesem Zwecke wird die Tätigkeit der Behörde u.a. Forschung und Versuche einschliessen; genossenschaftliche Organisation im Fischfang und in der Verteilung soll gefördert werden; Fischverarbeitungsfabriken können direkt von der Behörde finanziert und gegründet werden, oder aber in Zusammenarbeit mit privaten Interessen unter Beteiligung der Behörde. Diese hat auch das Recht, Fischereifahrzeuge in eigener Regie fahren zu lassen oder aber geeigneten Firmen oder Genossenschaften zu liefern oder zu bevorschussen. Zur Regelung der Verteilung von Fisch kann die Behörde in bestimmten Grenzen Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen.

Für Versuche und Forschungsarbeiten erhält die Behörde vom Staat eine jährliche Zuwendung von einer Mill. Pfund und zur Finanzierung

ihrer Organisationsfähigkeit in der Industrie Anleihen bis zur Höhe von 15 Mill.Pfund.

Man hofft, dass sich dieses Gesetz in England, wo Fisch eines der wichtigsten Nahrungsmittel der breiten Massen ist, segensreich auswirken wird. Vor allem wird es die übertriebenen Profite der Mitteleute beseitigen.

+ + + + +

Eine historische Entscheidung

R.D. Man kann nur mit Lächeln registrieren, dass selbst massgebliche Politiker und angesehenere Zeitungen erst jetzt bemerken, daß es bei dem angekündigten Streik der Metallarbeiter um mehr geht als um die blosse Erhaltung des Mitbestimmungsrechts in den entflochtenen Werken.

Damit Klarheit herrsche: Die Mitbestimmung in den entflochtenen Werken basierte nicht auf deutschem Recht, konnte also auch nicht von deutschen Instanzen gewährt oder fortgenommen werden, solange die entflochtenen Werke selbst alliierterem Recht unterstanden. Erst seit erwogen wird, auch diese Betriebe dem Einfluss der deutschen Gesetzgebung zu unterstellen, bemühen sich die Gewerkschaften um die Zusicherung der Bundesregierung, dass an der bisherigen Praxis der Mitbestimmung in diesen Betrieben nichts geändert wird. Erhard hat diese Zusicherung unter dem Vorwand verweigert, dass das deutsche Aktienrecht eine solche Regelung nicht zulasse und erst die gesetzgebenden Instanzen des Bundes entsprechendes neues Recht schaffen müssten. Auch in seinem Brief an den Vorsitzenden der IG-Metall, Walter Freitag, den er erst zwei Monate nach der Anfrage des IG-Vorsitzenden und dann auch erst auf Druck des Bundeskabinetts schrieb, hat er diese Auffassung noch einmal vertreten.

Die Gewerkschaften kämpfen aber nicht nur in der Grundstoff-Industrie, sondern in der gesamten deutschen Wirtschaft um das Mitbestimmungsrecht. Unter den den Sachausschüssen vorliegenden Gesetzesentwürfen befindet sich neben einem Gewerkschaftsentwurf auch ein solcher der Bundesregierung, der voll den Unternehmer-Standpunkt vertritt. Die Erklärung Erhards musste also die Gewerkschaften befürchten lassen, dass ihnen nicht nur das Mitbestimmungsrecht in

der Wirtschaft allgemein verweigert, sondern auch die bisher in den entflochtenen Werken praktizierte Mitbestimmung verloren gehen sollte. Das hat sie auf den Plan gerufen, um nun die Entscheidung über das gesamte Mitbestimmungsrecht zu erzwingen.

Welche Bedeutung die Gewerkschaften dem Kampfe beimessen, geht daraus hervor, dass das sonst nur den Einzel-Gewerkschaften (IG-Industrie-Gewerkschaft) zustehende Streikrecht für diesen Kampf einem übergeordneten Streik-Komitee des DGB übertragen würde, in welchem neben Vorstandsmitgliedern der IG-Metall, der IG Bergbau und des DGB auch die Vorsitzenden der IG-Chemie und Druck und Papier als Vertreter der übrigen angeschlossenen Gewerkschaften fungieren. Ihnen stehen als Kampf-Fonds nicht nur die Streikreserven der Metall- und Bergarbeiter, sondern darüber hinaus der Solidaritäts-Fonds des gesamten DGB zur Verfügung. Das war eine historische Entscheidung, deren Tragweite nur ermessen kann, wer die Wichtigkeit des Ringens der Einzel-Gewerkschaften um ihre Souveränität im Streikrecht und um die Aufteilung des Beitrags-Aufkommens auf dem Gründungskongress des DGB in München miterlebte. Wenn sich heute alle IG vorbehaltlos dem übergeordneten Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung einfügen, so in dem Bewusstsein, dass sie in einer für die deutsche Arbeiterbewegung einmaligen historischen Stunde einer unausweichlichen Entscheidung gegenüberstehen.

+ + + +

Elfriede Ryneck +

E.G. Mit Elfriede Ryneck, die im Alter von 78 Jahren in Berlin starb, ist wieder ein Stück der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung dahingegangen. Sie war ein echtes Berliner Kind, Tochter von Emma Staegemann, die zusammen mit Emma Ihrer die ersten Berliner Arbeiterinnenvereine gründete. Schon als Kind stand Elfriede mitten in der sozialdemokratischen Bewegung, half der Mutter Flugblätter austragen und vor der preussischen Polizei Material verstecken und noch als ganz junges Mädchen war auch sie selber eine eifrige Versammlungsbesucherin. Sie konnte sehr amüsant erzählen, wie sie oft und oft die Polizei über ihre politische Arbeit hinters Licht führten, da ja erst 1908 auch den Frauen die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei offiziell erlaubt wurde.

1919 gehörte sie zu den sozialdemokratischen Abgeordneten der

Nationalversammlung und später wurde sie Mitglied des Preussischen Landtags, dem sie bis zur Machtübernahme durch die Nazis angehörte. Bis 1933 war sie Mitglied des Parteivorstandes und ebenfalls des Vorstandes der SED Brandenburg. Ihr Hauptinteresse galt der sozialen Arbeit. Ferner arbeitete sie bis 1933 und dann wieder nach 1945 mit besonderer Hingabe in der Arbeiterwohlfahrt. Trotz ihres Alters und ihrer bereits damals schon sehr geschwächten Gesundheit half sie nach 1945 am Wiederaufbau der Berliner Sozialdemokratie mit. Da sie bis zu ihrem Tode in Berliner Ostsektor wohnte, war diese Arbeit nicht gerade sehr einfach. Elfriede Ryneck gehörte zu der alten Garde von Sozialdemokraten, die nach den Worten von Marie Juchacz niemals die Partei fragten: "Was kannst du mir bieten, sondern was kann ich dir geben."

+
Der Parteivorstand der SED hat der Berliner SED in einem von Dr. Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Herta Gotthelf unterzeichneten Telegramm das herzlichste Beileid zum Tode Elfriede Rynecks, der Mitbegründerin und Vorkämpferin der grossen sozialdemokratischen Berliner Arbeiterbewegung" ausgesprochen.

In einem weiteren Telegramm drückt der Parteivorstand Erich Ryneck, dem Sohn der Verstorbenen das herzlichste Beileid aus.

+ + + +

DUD wünscht Rundfunkzensur

(sp). Der freie Mitarbeiter des NWDR, Peter v. Zahn, in keiner Weise parteipolitisch abgestempelt, hat in der Frage des Metallarbeiterstreiks die Unternehmerseite gekränkt, indem er feststellte, dass es keine Gewalt in Deutschland gebe, die den Arbeiter an seinen Arbeitsplatz zurückbringen könnte, es sei denn die bittere Not. Das weiss zwar jeder organisierte Arbeiter, aber das im Rundfunk zu sagen, scheint den Unternehmern und ihren politischen Satelliten der Gipfel der Kirchenschändung.

So verlangt der DUD, der Pressedienst der CDU, zum zweiten Male innerhalb fünf Tagen, P. v. Zahn das Mikrophon zu verbieten und ihn als Mitarbeiter des NWDR abzubauen. Das ist nichts anderes als ein offener Versuch, auf die Programmgestaltung und Personalpolitik des Rundfunks direkt politischen Einfluss zu nehmen.

Auch damit könnte man einverstanden sein. Aber wenn schon einmal über die Mitarbeiter des Rundfunks und ihre Tätigkeit im Verwaltungsrat gesprochen werden soll, so müssen vor Peter v. Zahn zunächst einmal die Herren Dr. Otto Wesemann, Dr. H. F. G. Starke und Herr Wendt aus Bonn und ihre einseitig parteipolitischen Stellungnahmen im NWDR behandelt werden, die schon seit langer Gegenstand von Beschwerden sind. Alle diese Herren sind nicht freie Mitarbeiter, sondern verantwortliche Redakteure des NWDR. Sie verbreiten also "offizielle Meinung" des Rundfunks (für den ahnungslosen Hörer), obgleich der Rundfunk überparteilich sein will.

+ + + +

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt